



### **Linke Gespräche mit Rudi Weiss (attac)**

**13.10.2008, 19.30 Uhr - Brenner-Basis-tunnel - Segen oder Sorgen?** Uni Innsbruck, Saal University of New Orleans

**10.11.2008, 19.30 Uhr - Schengen - Die Hintergründe der Transitproblematik,** Uni Innsbruck, Saal University of New Orleans

**19.1.2009, 19.30 - EU-Reformvertrag,** Uni Innsbruck, Saal University of New Orleans

## **Untertilliach:**

# **Zentrum der Arbeiterklasse?**

Untertilliach ist eine Gemeinde im Bezirk Lienz (Osttirol) des Bundeslandes Tirol (Österreich). Untertilliach liegt im Tiroler Teil des Lesachtals, an der Landesgrenze zu Kärnten. Die Besiedlung setzt sich aus Weilern auf beiden Seiten des Tals zusammen. Die Landwirtschaft wird weitgehend im Nebenerwerb betrieben, daneben pendeln viele Bewohner aus der Gemeinde zu ihren Arbeitsstätten.

### **Rote Hochburg oder lokale Protestaktion?**

Bei den Landtagswahlen 2008 konnte die KPÖ 11,76% erringen und wurde zweitstärkste Partei in der Gemeinde. „Jeder, der nur et-

was vom bäuerlichen Osttirol mit seinen Alm-, Grenz- und Dorfstreitigkeiten weiß, wird wissen, dass solche lokalen Protestaktionen später am Stammtisch oder vor der Kirche am Sonntag ausgedrückt werden. Von einem Zentrum des Kampfes der Arbeiterklasse dürfte Untertilliach weit entfernt sein“ analysierte der Innsbrucker „Linke“-Kandidat Univ.Prof.i.R.Dr. Gerhard Oberkofler.

„Er irrt“, berichtet der Osttiroler KPÖ-Spitzenkandidat Josef Stingl dem pensionierten Universitätsprofessor, „es mag zwar sein, dass Untertilliach nicht das Zentrum des Kampfes der ArbeiterInnenklasse ist, aber das



Landtagswahlergebnis dieser Gemeinde als einmalige Protest-

aktion abzutun ist falsch. Schon bei den Nationalratswahlen im Jahr 2006 erlangte die Gemeinde durch das völlig ungewöhnliche Wahlergebnis von 12,6% der Stimmen für die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) die Aufmerksamkeit der Medien.“

### **Viele Untertilliachs sind unser Ziel**

„Mit vielen „Untertilliachs“ wollen wir in Tirol einen aktiven Anteil haben, damit die KPÖ in das Parlament einzieht“, legt sich Josef Stingl für die KPÖ die Latte sehr hoch und kündigt einen **Stammtisch im Gasthaus Altenweisl (Pension Andreas, Untertilliach Nr. 109** an. Am **21. September 2008, ab 16.00 Uhr** wird er sich der Lesachtaler (Tiroler und Kärntner) Bevölkerung zur Diskussion stellen.



**Mirko Messner und Melina Klaus sind die bundesweiten KPÖ-Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl. 2006 haben 50.000 WählerInnen das Kreuzerl bei der KPÖ gemacht. Wertvolle Stimmen, weil sie als einzige nicht „nach rechts“ gedeutet werden können.**





Axel  
Nimtz

# Arbeitsinitiative Feldkirch aktiv gegen Betriebsrat

**Im März 2008 wählten die KollegInnen der Arbeitsinitiative Feldkirch erstmals einen Betriebsrat. Die Liste von GLB-Kollegen Axel Nimtz erhielt alle gültigen Stimmen. Nicht genehm für die Geschäftsleitung der ABF Feldkirch - sie bemühte einen Juristen die Betriebsratswahl beim Arbeits- und Sozialgericht anzufechten.**

Mitte März war Sozialminister der scheidende Dr. Erwin Buchinger zu Gast bei ABF Feldkirch, einer sozialen Einrichtung von Vorarlberger Gemeinden, die unter anderem Transit-arbeitsplätze anbietet. Auf des Ministers Homepage finden wir dazu folgenden Eintrag: „Um 16:30 besuchen wir die Arbeitsinitiative für den Bezirk Feldkirch, eine Sozialeinrichtung mit fast 100 MitarbeiterInnen. Die Arbeitsinitiative ist eine Gründung aller 24 Gemeinden des Bezirkes Feldkirch und sowohl wirtschaftlich als auch sozial sehr erfolgreich“.

## Betriebsratswahl bei ABF

Eine Woche vor Buchingers Besuch bei ABF wählten die KollegInnen, die einen Transit-arbeitsplatz haben, auf Initiative von GLB-Kollegen Axel Nimtz erstmals einen Betriebsrat – die zur Wahl angetretene Liste er-



reichte dabei alle gültigen Stimmen. Bei einer vorher stattgefundenen Betriebsversammlung wurde deutlich, dass die KollegInnen einen Betriebsrat haben wollen.

Offenbar nicht jedoch die Geschäftsleitung der „wirtschaftlich als auch sozial sehr erfolgreich“ und von den 24 Gemeinden getragenen Arbeitsinitiative Feldkirch. Diese bemühte nämlich einen Juristen, um die Betriebsratswahl, die auch von der GPA vor Ort unterstützt wurde, beim Arbeits- und Sozialgericht unter anderem mit der Begründung anzufechten, TransitarbeiterInnen wären nicht wahlberechtigt.

Dabei handelt es sich aber weder um leitende Angestellte, denen ein maßgebender Einfluß auf die Führung des Betriebes zusteht, noch um Personen, die zu Schulungs- und Ausbil-

dungszwecken kurzfristig beschäftigt sind (§ 36 ArbVG) – jedoch erhalten sie Arbeitsverträge und sind selbstverständlich wahlberechtigt.

## GLB und KPÖ protestierten öffentlich

Abgesehen davon, dass mit einem in diesem Fall vermutlich sinnlosen Verfahren und ebenso sinnloser Beschäftigung eines Juristen eher sorglos mit öffentlichem Geld umgegangen wird, stellt sich folgende Frage: Wie kann es sein, dass ein „...sozial erfolgreiches Unternehmen“, noch dazu im Eigentum von Gemeinden, sich mit allen Mitteln gegen die gesetzlich vorgeschriebene Einrichtung eines Betriebsrates wehrt? Und sich mit gleicher Hartnäckigkeit weigert, dem vor der BR-Wahl eingerichteten und gewählten Wahlvorstand die Zeit nicht abzugelten, die diesem zusteht?

Die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) forderte bei zwei gemeinsam mit der KPÖ-Vorarlberg durchgeführten Aktionen am 17. Juli 2008 vor dem ABF in Feldkirch und vor dem Gemeindeamt Altsch die Einhaltung der Arbeitsverfassung von der Arbeitsinitiative Feldkirch.

Sie forderten die Geschäftsführung des ABF und die Träger, also die Gemeinden des Bezirkes Feldkirch auf, sich an die Arbeitsverfassung zu halten – gerade solche Einrichtungen sollen auch bezüglich der Mitbestimmungsrechte der Belegschaft mit gutem Beispiel vorangehen!

Bei einem Gespräch von GLB-Bundessekretär Oliver Jonischkeit und Axel Nimtz mit dem Altschacher Bürgermeister Brändle wurden die Forderungen nochmals bekräftigt.

**KPÖ ONLINE**

[tirol.kpoe.at](http://tirol.kpoe.at)  
[tirol@kpoe.at](mailto:tirol@kpoe.at)

**KPÖ Zentral**

[www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

*Zitat aus dem Arbeitsverfassungsgesetz § 55/1: „den Mitgliedern des Wahlvorstandes ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderliche Freizeit unter Fortzahlung des Entgeltes zu gewähren. Sie dürfen in dieser Tätigkeit nicht eingeschränkt und/oder benachteiligt werden“. Es ist höchst an der Zeit, dass sich auch die Arbeitsinitiative Feldkirch an geltendes Recht hält.*

# Ist das LIF eine Alternative?



Ihre Ansage, niemals mit den Rechten zu koalieren, ist glaubwürdig. Ich muss auch gestehen, dass ich Heide Schmidt bei den Präsidentschaftswahlen 1998 meine Stimme gegeben habe - eine Entscheidung, die mir angesichts der damaligen Alternativen nicht allzu schwer fiel.

## **Heide Schmidt für die Abschaffung der Neutralität**

Die Haltung Schmidts zur Neutralität Österreichs habe ich jedoch nie geteilt. Die Tatsache, dass Schmidt die Abschaffung der Neutralität befürwortet, hat mich daran gehindert, jemals das LIF zu wählen. Man mag ihre Position in diesem Punkt immerhin als ehrlich bezeichnen, was ihr im Gegensatz zu den Grünen, die sich hier vom LIF nicht unterscheiden, hoch anzurechnen ist. Das macht ihre Haltung in meinen Augen jedoch nicht richtiger. Auch wenn die Neutralität Österreichs nur mehr auf dem Papier besteht, was von Schmidt richtig erkannt wird, ist die logische Konsequenz nicht die Abschaffung der Neutralität. Es wäre ja ebenso absurd, die Menschenrechtskonventionen abschaffen zu wollen, nur weil diese nur theoretisch gelten und sie nahezu überall verletzt werden. Vielmehr sollte die Frage sein, welche Rolle die Neutralität Österreichs bei internationalen Friedensbemühungen haben könnte. Neutrale Länder könnten etwa internationale Ab-

rüstungsmaßnahmen fördern oder bei Konflikten eine vermittelnde Rolle einnehmen. Dies nicht sehen zu wollen, ist dem Liberalen Forum vorzuwerfen.

## **Heide Schmidt für den EU-Reformvertrag**

Auch die Tatsache, dass das LIF den Vertrag von Lissabon ausdrücklich befürwortet, ist eine Umstand der jedeN, der/die sich internationale Abrüstung wünscht, erschrecken sollte. Denn der EU-Vertrag sieht eine Aufrüstungsverpflichtung für alle EU-Mitglieder vor - eine Tatsache, die vor allem die Grünen

vergeblich leugnen. Die Befürwortung dieses Vertrags allerdings passt zum LIF, ebenso wie die einst von ihnen geführte Pro-GATS-Kampagne (GATS bezeichnete einen Vertrag über den freien Handel mit Dienstleistungen). Wer sich für den Erhalt der Neutralität Österreichs ausspricht, der wird vom LIF enttäuscht werden. Wer sich für den Erhalt des öffentlichen Eigentums ausspricht, der dürfte ebenfalls sein blaugelbes Wunder erleben. Dass die Forderung des LIF nach Verteilungsgerechtigkeit ernst gemeint sind, ist auch nicht gesichert.

*Als ich von der Rückkehr von Heide Schmidt in die Politik erfuhr, war ich in gewisser Weise gespalten. Ich hatte sie als Politikerin damals sehr geschätzt. Ihr Engagement für das bedingungslose Grundeinkommen und für die Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften sind zweifellos Verdienste, die in einem konservativen Land wie Österreich von unerschätzbarem Wert waren und nach wie vor sind.*

*Roland Steixner*

Sicher dagegen ist, dass eine Stimme für die KPÖ für den Erhalt und Ausbau der Neutralität Österreichs steht. Sicher ist, dass eine Stimme für die KPÖ eine Stimme für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und den Ausbau der Sozialleistungen ist. Sicher ist, dass eine Stimme für die KPÖ eine Stimme für ein bedingungsloses Grundeinkommen und für gleiche Rechte für alle unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung ist. **Klar ist, dass die KPÖ die sichere Alternative ist.**

(Roland Steixner ist KPÖ-Kandidat)

## **Links. Mit Sicherheit - KPÖ in Vorarlberg einzige linke Kraft am Stimmzettel**

*Vorarlberger KPÖ-Spitzenkandidatin ist die Schriftstellerin Rosmarie Thümingner, die auch im Regionalwahlkreis Vorarlberg Süd kandidiert. Im Regionalwahlkreis Vorarlberg Nord stellt sich der Angestellte Bernhard Hotz zur Wahl. Spitzenkandidatin Thümingner be-*

*tont, dass keine einzige Stimme für die KPÖ eine verlorene Stimme sein wird. Eine Stimme für die KPÖ ist das deutlichste Zeichen der Unzufriedenheit mit den Zuständen im Land, des Widerstandes gegen diese und des Wunsches nach Veränderung in der Gesellschaft: „Wir sind unver-*

*wechselbar, weil wir die Armut tatsächlich sehen und kennen, und weil wir den Reichtum sehen und benennen. Wir können uns trauen, laut aufzutreten, weil wir neben langfristigen auch kurzfristige Programme haben. Unsere Vorschläge werden von Experten unterstützt.“*





**Ein neuer Listen-Rekord auf den Stimmzetteln. Insgesamt 10 Listen kandidieren österreichweit. Auch die KPÖ hat es in allen Bundesländern geschafft die notwendigen (2.600 bundesweit) Unterstützungsunterschriften zusammen zu bekommen. Da „Dworczaks Linke“ nur in den Bundesländern Wien, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und im Burgenland antreten kann, ist die KPÖ die einzige bundesweite linke Kraft am Stimmzettel. Tivoli hat die Vorarlberger Spitzenkandidatin Rosmarie Thümingler und den Tiroler Spitzenkandidaten Josef Stingl über ihre Ideen, Programme und Ziele befragt.**

*Warum kandidiert ihr bei der Nationalratswahl?*

**Rosmarie Thümingler:** Unser Land braucht eine starke linke Kraft, um der Hetze gegen MigrantenInnen, der Entsolidarisierung und der Armut entgegenzuwirken.

**Josef Stingl:** Es genügt mir nicht mit unzufrieden zu sein und am Wirthaustisch über Gusenbauer, Molterer, Faymann oder Schüssel zu summen und beteiligungslos auf linke Alternativen zu warten. Daher bin ich als Gewerkschafter und in der KPÖ aktiv.

*Was sagen die Menschen auf der Straße dazu?*

**Rosmarie:** Viele Menschen sind von den zahlreich gebrochenen Wahlversprechen und den Ränkespielen der Berufspolitiker enttäuscht. Bei Infoständen berichten die Passanten von oft ihnen widerfahrenen Ungerechtigkeiten, ihren Schwierigkeiten, ihren Sorgen. Sie wollen eine andere Politik.

**Josef:** Ich kann der Rosmarie nur zustimmen, erschreckend ist aber dass viele mit der „Politik abgeschlossen haben und sich nicht mehr bei Wahlen beteiligen wollen.“

*Was verstehst Du unter dem Begriff „kommunistisch“?*

**Rosmarie:** Die KPÖ setzt sich für die Benachteiligten ein. Sie ist feministisch und antirassistisch. Sie verlangt soziale Gerechtigkeit.

**Josef:** Kommunistisch ist das politische Ziel einer Gesellschaft ohne Klassen, bei der das erwirtschaftete Sozialprodukt allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Jetzt geht es einmal darum, mit Radikalreformen den gesell-



schaftlichen Reichtum gerechter zu verteilen. Tobin-Steuer, Wertschöpfungsabgabe oder Grundlohn sind dazu einige Stichwörter.

*Ist dies nicht sozialromantische Träumerei?*

**Josef:** Sozialminister Dallinger meinte einmal: „Die Utopien von heute sind die Realitäten von morgen“. Und vieles was heute selbstverständlich ist, war vor nicht allzulanger Zeit Utopie, wie beispielsweise die 5-Tage-Arbeitswoche oder Überstundenzuschläge.

**Rosmarie:** Nein. In einem Land wie Österreich, das 77.700 Millionenäre zählt, ist Geld für diese Anliegen vorhanden. Es kommt auf den politischen Willen zur Umverteilung an.

*Welches wäre Ihr wichtigstes Anliegen in einer Regierung?*

**Rosmarie:** Schluss der Privatisierung, Kampf gegen Armut und Teuerung, Gesamtschule und

Ganztagsschule, Sicherung des Gesundheitswesens und der Pflege - immer mit Hauptaugenmerk auf die Frauen, ausländischen wie inländischen.

**Josef:** Umverteilen, und das auf allen Ebenen - mit Arbeitszeitverkürzung, mit Mindestlöhnen, mit Auflösen der Höchstbemessungsgrundlage bei der Sozialversicherung, mit Vermögensbesteuerung, mit Mindestlöhnen,....

*Wie hoch sollte Eurerr Meinung nach ein Mindestlohn sein?*

**Rosmarie:** 1.000 Euro Mindestlohn löst das Problem der Unterbezahlung nicht. Erstens habe sieben Prozent der Beschäftigten keine Kollektivverträge, für sie gilt dieser Mindestlohn nicht. Zweitens bedeuten 1.000 Euro brutto 820-Euro netto, das sind bei einer 40 Stundenwoche 5.68 Euro Stundenlohn. Ich schließe mich der Forderung des GLB an: Zehn Euro pro Arbeitsstunde als Mindestlohn.

**Josef:** Und dazu eine 30-Stunden-Woche. Fünf Wochentage mit Sechsstunden Tagen sind genau.

*Soziale Grundsicherung durch bedarfsorientierte Mindestsicherung oder bedingungsloses Grundeinkommen?*

**Rosmarie:** Nur ein bedingungsloses Grundeinkommen, das existenzsichernd ist, stellt eine Maßnahme gegen die zunehmende Armut dar und ist eine adäquatere Antwort auf die wachsende Prekarisierung.

**Josef:** Ich bevorzuge das Grund-

einkommen! Nur die Diskussion über Grundeinkommen oder bedarfsorientierter Mindestsicherung darf nicht dazu führen, dass die betroffenen Menschen noch jahrelang im Regen stehen gelassen werden.

*Der KPÖ wird unterstellt, alles was gut und teuer ist zu verlangen, umsetzen braucht sie es ja nicht?*



**Rosmarie:** Die Umsetzung einer menschenfreundlichen Politik, wie sie die KPÖ anstrebt, kann und muss durch eine entsprechende Steuerpolitik, die sich auf der enorm steigenden Produktivität basiert, erfolgen. Das heißt: Der Kurs der Entlastung des Großkapitals, der seit vielen Jahren, auch schon unter der SPÖ-Alleinregierung gefahren wurde und wird, muss umgekehrt werden. Wenn die hundert reichsten ÖsterreicherInnen 61 Milliarden Euro besitzen, ist wohl klar: Es mangelt nicht an den finanziellen Mitteln in Österreich, es mangelt an der gerechten Verteilung.

**Josef:** Fallen wir nicht auf die Ökonomiefalle rein. Österreich ist

das siebentreichste Land der Welt, das viertreichste der EU - das da jede/r Siebente Armutsgefährdet ist, ist ein sozialpolitischer Skandal.

*Während sich linke und kommunistische Kandidaturen in Deutschland längst durchgesetzt haben, funktioniert das in Österreich nicht?*



**Josef Stingl**

**Josef:** Österreich ist eben nicht Deutschland, wir hatten weder eine PDS mit einer starken Verankerung bei der Bevölkerung in den sogenannten neuen Bundesländern. Auch haben wir keinen Lafontaine mit dem sich entscheidende Teile von der Sozialdemokratie abgespalten haben. Aber wir stecken deshalb nicht den Kopf in den Sand!

**Rosmarie:** Der KPÖ sind bei den letzten Wahlgängen beträchtliche Stimmenzuwächse gelungen und wir hoffen, diesen Trend fortzusetzen.

*In einigen Bundesländer kandidiert neben der KPÖ auch ein Linksprojekt. Warum keine gemeinsame Kandidatur?*

**Rosmarie:** Wir bedauern, dass es zu keinem breiten linken Wahlbündnis gekommen ist. Auch deshalb, weil die KPÖ bereits Anfang des Jahres diesbezügliche Kontakte mit linken SozialdemokratInnen, Grünen und GewerkschaftlerInnen aufgenommen hat. Letztlich war aber dann das Spektrum der Linken so schmal, die Auffassungen zu einer Kandidatur so unterschiedlich und die Zeit so knapp, dass die KPÖ sich zu einer eigenständigen Kandidatur mit offenen Listen entschlossen hat.

**Josef:** Fakt ist: Wir sind – wie wir auch schon oft in der Praxis bewiesen haben (in Tirol beispielsweise bei der Gemeinderatswahl in Innsbruck) – natürlich begeisterte BetreiberInnen und VerfechterInnen eines aussagekräftigen, breiten Linksprojekts. „Dworczaks Linken Wahlbündnis“ fehlt es aber diese Breite und an organisatorischen Strukturen. Das nichtösterreichweite Antreten auf Grund fehlender Unterstützungserklärungen zeigt das deutlich.

*Wenn man die letzte KPÖ-Nationalratskandidatur mit knapp über einen Prozent hernimmt - was ist diesmal zu erwarten?*

**Rosmarie:** Unser Ziel ist der Einzug in den Nationalrat.

**Josef:** Bei der Nationalratswahl 2006 konnte die KPÖ in Untertilliach 12,6% erringen, bei der heurigen Landtagswahl 12,6%. Mit vielen „Untertilliachs“ wollen wir in Tirol einen aktiven An-

teil haben, damit die KommunistInnen ins Parlament einziehen.

*Wie wollen Sie in den konservativen Bundesländern Vorarlberg, bzw. Tirol die WählerInnen gewinnen?*

**Rosmarie:** Gerade in Tirol sind die Löhne niedrig, die Mieten und die Waren des täglichen Bedarfs besonders teuer. In Vorarlberg sind diese Ungerechtigkeiten zwar weniger scharf ausgeprägt, aber die Menschen leiden auch hier unter der Teuerung und den zunehmenden Arbeitsdruck. Die KPÖ kann gegen diese Missstände konkretes Engagement vorweisen, im öffentlichen Raum, in Betrieben, in Gemeinderat oder auch im Landtag, kurz überall dort, wo sie gewählt und präsent ist. Die KPÖ ist die Alternative für kritische WählerInnen.

*Wie schätzt ihr euer Potenzial in Vorarlberg bzw. Tirol ein?*



**Rosmarie:** Aus dem oben Gesagten geht hervor, dass ich gute Chancen für die KPÖ sehe.

**Josef:** Die Chancen stehen gut, bei der Landtagswahl hatten wir das beste Stimmenergebnis, das die KPÖ je in Tirol erzielte. Und das obwohl sich erstmals der scheidende AK-Präsident Dinkhauser mit einem „Bürgerforum“ der Wahl stellte und so kräftig im „Pool der Proteststimmen“ mitfischte. Diesmal, nach seiner Flucht aus der Tiroler-Landtagsverantwortung, wirds für ihm nicht mehr so leicht sein. Daher bin ich überzeugt, dass wir am 28. September kräftig auf das außerordentlich gute Landtagswahlergebnis drauflegen können.

*Was werdet ihr tun, wenn die KPÖ den Einzug nicht schafft?*

**Rosmarie:** Wir werden sicher nicht resignieren, sondern wie bisher unseren Kampf für eine gerechtere Gesellschaft fortsetzen.

**Josef:** Unsere Initiative des Tiroler Volksbegehrens „fair-SORGEN“ gegen den Regress bei der Tiroler Grundsicherung haben wir gezeigt, dass wir auch ohne in den Vertretungskörperschaft vertreten zu sein, politisch aktiv und erfolgreich sein können. Unabhängig des Ergebnisses kann ich versprechen, dass wir auch weiterhin alle zur Verfügung stehenden Mittel zu Gunsten einer gerechtere Gesellschaft anwenden.

*Danke für das Gespräch.*

### **KPÖ bei der Landtagswahl erfolgreich**

Die KJÖ/KPÖ-Liste mit Spitzenkandidat Julian Nothdurfter (18) konnte gegenüber der Landtagswahl 2003 von 2.032 Stimmen bzw. 0,70 Prozent auf 3.896 Stimmen bzw. 1,2 Prozent steigern. Noch nie konnte die KPÖ in Tirol mehr Stimmen für ihre Liste erreichen.

### **KPÖ-Stimmen waren am Billigsten**

Den billigsten Wahlkampf aller Parteien führte die KPÖ bei der Tiroler Landtagswahl. Umgerechnet nur 2,01 Euro kostete eine Stimme für die „Jugendpolitische Liste mit der KJÖ (KPÖ)“, während „Die Christen“ 2,28, die Liste Fritsch 6,02, die ÖVP 11,68, die Grünen 12,11 und die SPÖ sogar 14,09 Euro pro Stimme laut den auf Wikipedia veröffentlichten offiziellen Parteiangaben über die Wahlkampfaufwendungen aufgewendet haben. Die betont fremdenfeindlich angetretene FPÖ weigerte sich Angaben über ihre Wahlkampfausgaben zu machen.

### **GLB verlangt Rechnungshofsprüfung bei der AK**

Nach dem Ende der Ära Dinkhauser ist bei der AK-Tirol eine rasche Rechnungshofsprüfung angebracht. Vieles der präsidentialen Finanzgebarung ist hinterfragungswürdig und aufklärungsbedürftig! So unter anderen die AK-Geldzuweisungen - mit Umweg über die ÖVP-Teilorganisation ÖAAB - zur Tiroler Volkspartei, seine „Landtagswerbekampagne“ und sein dilettantischer Rechtsstreit mit Ex-Kammerdirektor Hirner und des kürzlich bekannt gewordenen Beraterhonorar (30.000 Euro) an den pensionierten Kammerangestellten Dr. Berger.

### **GLB gegen Verlegung der ÖBB Fahrdienstleiter**

Ablehnung bekundet der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) zu Plänen der ÖBB die Fahrdienstleitung für Vorarlberg zukünftig zentral in Innsbruck abzuwickeln. Die Vorarlberger Fahrdienstleiter dürfen nicht dem Rationalisierungswahn einiger „spar“wütiger Manager geopfert werden.

**Gastkommentar:**

# **Zur Regierungserklärung von Günther Platter**

**Eine theoretische und sprachliche Rekonstruktion der Rede des neuen Tiroler "Landesvaters" am 1. Juli von Univ. Prof. Dr. Kornelia HAUSER für Soziologie und Geschlechterforschung an der Uni Innsbruck.**

Wenn man davon ausgeht, dass eine Regierungserklärung die Pläne, das Handeln und die Absichten einer Regierung bekannt gibt, dann ist die vorliegende des ÖVP-lers Platter deutlich von Absichten gezeichnet und ansonsten planlos und handlungsarm. Im "heiligen Land Tirol" wird immer noch wert auf den Glauben als Lebensfundament gelegt. Auch Platter glaubt, dass er - ohne größere Kenntnis der Moderne - seine Gemeinschaft durch Appelle zusammenhalten kann. Absichten werden in Bezug auf das Leben mit MigrantInnen, die Bildung, Arme und Reiche, die Stützung der Tradition und der Moderne, Kinder und Frauen, Alte und Gebrechliche, die Kultur, die Energie, Europa und Bayern, Südtirol, Sport und den Verkehr geäußert. Sie haben alle denselben Inhalt: Meine Absicht ist zu glauben, dass das alles gut wird.

Der neue Landeschef sagt zu Beginn nicht, was er tun wird; ihm ist das Wie wichtig. Das ist in Gemeinschaften so, deren Rationalitätsgehalt gegen Null tendiert und deren Zusammenhalt - da er eben gemeinschaftlich und nicht gesellschaftlich hergestellt wird, also in Nahverhältnissen - aus dem Ton, der die Musik macht und nicht aus der Komposition der Musik besteht. Wie wird er es machen? Mit "Ausdauer, viel Herzblut und Überzeugungskraft" - also wie ein Leistungssportler, der vor dem Wettkampf - wie Platter - sagt: "Aber genau dazu sind wir bereit und entschlossen". Verträgt Herzblut Entschlossenheit?

"Meine Regierung wird sich nicht hinter Beamten verstecken." Dem Platter gehört die Regierung! "In meiner Regierung

wird es keine Hinterzimmerpolitik geben. Was entschieden wird, zu dem stehen wir. Diesen Mut werden wir haben!" Das Deutsche ist verwickelt und wer es nicht kann, sagt manchmal die Wahrheit beim Durchwurschteln: Eine Regierung mag "Hinterzimmerpolitik" betreiben, auch so ein Wort, das sich scheut zu sa-



gen, was es meint: wir privilegieren bestimmte Interessen aber so, dass es niemand sieht, aber in ihr kann sie nicht stattfinden. Offenbar entscheidet die Regierung nicht, sondern steht zu den Entscheidungen. Will er uns sagen, dass andere - z.B. Wirtschaftsinteressen - ganz offiziell jetzt das Land regieren? Und dann meint er noch, ohne zu wissen, dass er es sagt: wir werden den Mut haben. Der Mut ist also nicht da, wird noch gesucht und es gibt den Glauben, dass er sich einfindet.

Besonders enttarnend sind jene Passagen der Erklärung, in denen sich Platter als Herrscher über die Gefühle seiner Bevölkerung vorstellt. Und dies gleich auf mehreren Feldern.

"Ich will als Landeshauptmann mit meiner Regierung an einem Land arbeiten,  
\* wo das Miteinander im Mittelpunkt steht,  
\* wo man sich gemeinsam über Erfolge freut und diese teilt,  
\* wo Neid keinen Platz hat,  
\* wo es keine Armut gibt,  
\* wo man für eine gute Idee

gelobt und nicht bekämpft wird,  
\* wo es Freude macht, eine Familie zu gründen und Kinder aufzuziehen,  
\* wo es Spaß macht, sich weiterzubilden,  
\* wo man eine zweite und - wenn nötig - auch eine dritte Chance bekommt."

Dieses Land gibt es - wie wir alle wissen - nicht. Wo wird er dann arbeiten? Sprachlich wäre es hier angemessen gewesen zu sagen, dass er darauf hin arbeiten möchte, also weniger "an einem Land" als an Problemen. Er fordert uns auf, dass wir unsere Gefühle regulieren, nicht dazu, die Bedingungen zu verändern. Wieder ist der Bezugspunkt die Gemeinschaft, innerhalb derer bestimmte Gefühle den Frieden stö-



ren, sich unmittelbar negativ aufzuladen und zu ebenso unmittelbaren Reaktionen gegen die Mitglieder führen. Neid in Gesellschaft kann ein Leistungsanreiz sein, der Erfolg der einen schürt nicht Freude, sondern Antrieb; bekämpft zu werden könnte bedeuten, dass Positionen und Meinungen tatsächlich ernst genommen werden.

Es ist im übrigen so, dass ein von solcher Freude gezeichnetes Land, die Familie nicht mehr bräuchte, die ja gegen die Freudlosigkeit und die Anstrengungen des gesellschaftlichen Tuns gegründet wurde und in der es zudem eine Dienerin brauchte, dass die Freude sich dort einstellen konnte. Das Crescendo: „Ich wünsche mir, dass wir Zufriedenheit und Bescheidenheit leben.“ Warum?

Dass Platter aus einem Raum (Land) ein großes Subjekt macht ist eine delikate Verkehrung der Realitäten, die sich schon im Wahlkampf auf den menschenleeren Landschaftsplakaten abzeichnete: "Dass unser wunderschönes Land jederzeit ein Lächeln im Gesicht trägt und nicht die 'Zwideren' diesem Land sein Aussehen geben." Wir haben diesem Land zu dienen, indem wir es zeigen, nicht uns, nicht, das was wir handeln, wollen, können, unternehmen. Platter eliminiert die menschliche Persönlichkeit und setzt an deren Stelle sinnlich vitale Naturwesen, die ihr Umfeld abbilden, nicht es gestalten. Das ist der ständische, vor-gesellschaftliche, noch nicht aufgeklärte Mensch. Das ist noch nicht der "Mensch", den wir erst seit dem 18. Jahrhundert kennen, der aber immer noch nicht Einzug hielt in

Tirol. Statt Gesellschaft ist hier Landschaft. Platter bleibt hier ganz in der Tradition des van Staa, dem die Wurzelrechte (die Trachten/Schützentradition) wichtiger waren als die Menschenrechte.

### **Aufmuntern statt Kritisieren**

Plattner ist auch der Patriarch, der Familienvater, der pädagogische Ambitionen hat: "In Tirol soll das Aufmuntern das Kritisieren ersetzen". Im Fach Erziehungswissenschaft ist die Strategie als Kindergarten und Vorschulpädagogik bekannt. Auf dem Niveau vermutet er "seine" Bevölkerung.

Der "Regierungserklärung" ist eigentümlich, dass sie kein Verhältnis zu Ursache und Wirkung, Problem und Lösung enthält. "Es darf nicht passieren, dass eigene Stadtteile entstehen, in denen fast nur noch Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimische, die es sich nicht leisten können wegzuziehen, leben. Wir müssen schauen, dass keine Ghettos entstehen, sondern eine für alle verträgliche Mischung gefördert wird." Dass das sogenannte Ghetto die Lösung für ein Problem darstellt, über das geschwiegen wird, wird verkannt. Z.B. dass das Ghetto eine Lösung für "Differenz" darstellt. Da die ganze Erklärung auf die Eliminierung von Differenz aus ist (alle sollen bestimmte Gefühle haben, bestimmte Lebenseinstellungen und gleichförmig die Landschaft repräsentieren) liesse sich das Ghetto nur durch die Abschaffung von Differenz auflösen. Es ist kein Zufall, dass die Viertel der Geldstarken weder Ghetto heißen, noch deren fehlende Vermischung als Problem gesehen wird. Was tut Platter wenn die "Reinheit" der Viertel zunimmt? Muss er dann, weil er wie die Rechtspopulisten - als einziges Problem die "MigrantInnen" selbst benennt, Migration noch weiter abschaffen?

### **Bildung**

Platter denkt nicht in Problemlösungs-Ordnungen, sondern er bedient schon vorhandenes Ressentiment, so auch bei der Bildungspolitik: "So sehr immer wieder von der Erhöhung der Akademikerquoten die Rede ist -

# **Karl Mlinar**

*... ist Gemeinderat in Leoben auf der Liste der KPÖ in der Steiermark. Er ist parteilos und bezeichnet sich als praktizierenden Christen. Karl Mlinar: "Ich engagiere mich gerne auf dieser Liste, weil hier Menschen mit Herzblut bei der Sache sind."*

*Auf der Bundesliste kandidiert er, weil er seine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik in diesem größeren Rahmen einbringen will: "Ich bin in Leoben direkt mit den vielfältigen Sorgen und Nöten der Menschen konfrontiert. Es ist aber notwendig, nicht nur darüber zu reden, sondern konkrete Lösungen anzubieten. Auch aus meiner christlichen Weltanschauung heraus ist mir die KPÖ mit ihren politischen Positionen am nächsten. Die Zukunft braucht soziale Gerechtigkeit für die Welt, und die muss geschaffen werden: So,*



*wie es jetzt ist, darf und kann es nicht bleiben."*

*Zur Person: Karl Mlinar ist Jahrgang 1948. Er war beruflich jahrelang als Disponent für die Firma Meintl tätig. Politisch ist er parteiunabhängiger Gemein-*

*derat in Leoben auf der Liste der KPÖ-Steiermark.*

*Sein schönstes Geburtstagsgeschenk am heurigen 1. Oktober: "... wenn die KPÖ dann im Nationalrat wäre!"*

ich werde persönlich dafür Sorge tragen, dass jene, die sich für eine Lehre entschieden haben, nicht weniger wert geschätzt werden." Offenbar ist es nur eine "Meinung", die von der Notwendigkeit höherer Bildungsabschlüsse spricht, darin enthalten ist keine Einschätzung von Zukunft oder von internationalen Erwerbsmärkten. Tirol ist in seiner prämodernen Mentalität antiintellektuell und wissenschaften abgeneigt (auch weil der grössere Teil der Bevölkerung keine Chance erhielt, sie kennenzulernen, incl. des Landeshauptmanns, der die Universität nicht von innen sah). Der bekannte V-Effekt von Brecht - der hier überwiegend unbekannt ist - ist als V-(erblödungs)effekt wesentlicher Bestandteil von Vergesellschaftungsprozessen.

Die Idee von Platter, die vierte Säule des Kapitalismus, das Wissen - neben Boden, Kapital und Arbeit - nicht in Tirol aufzustel-

len, erinnert an Andreas Hofer, der die Aufklärung bekämpfte und damit - Hand in Hand mit der katholischen Kirche - auch einige Quellen von Vernunft und Mündigkeit verstopfte.

Bleiben Frauen: "Wir müssen



wieder eine Stimmung entwickeln, die Lust darauf macht, eine Familie zu gründen und zu leben. ...

Es ist uns auch wichtig, den Ausgleich zwischen den Geschlechtern und den Generationen weiter voranzutreiben, um eine chancen-gerechtere Gesell-

schaft zu werden. Ich bekenne mich daher ausdrücklich dazu, dass die Förderung der Frauenanliegen einen Schwerpunkt dieser Regierung bildet." Wie hat sich diese junge Institution "Kleinfamilie" halten können, wenn sie von Stimmungen abhängig war und von Freude? Und was erwartet uns, wenn unsere Anliegen gefördert werden. Bei Kindern sind sie es wenigstens selbst, die gefördert werden, bei Erwachsenen läse sich das paternalistisch. Und haben wir alle die gleichen Anliegen? Will er die Homoehe unter Frauen fördern, sie ist nicht wenigen Lesben ein Anliegen?

Ach ja, Platter hat einige Sätze von Schröder (SPD, ist doch egal, wo geklaut wird). "Wir müssen Leistung fördern, wir müssen auch Leistungsbereitschaft fordern." Und irgendwo liest sich auch "ein Kennedy": Wir sollen aufhören zu fragen, was die Regierung für uns tut. Wir sollen uns endlich fragen, was wir für das Land tun.

**Let's stay backwards talking about future!!**

# Was nicht sein soll, darf eben nicht sein

Sind Volksbegehren sind für die Katz? Denn trotz der notwendigen Unterstützung, war bis jetzt nur eines (ORF-Volksbegehren) wirklich gesetzesrelevant. In Tirol zumindest nicht - Ende Juni gab's auf Initiative von KPÖ und GLB ein Landesvolksbegehren zur Abschaffung des Regresses bei der Tiroler Grundsicherung und wurde im Pflegebereich bereits umgesetzt.

„Ich habe beim Regress eine klare Linie. Ich bin für die Abschaffung“, meinte etwa der neue LH Günther Platter. Und auch SPÖ-Sozial-LR Gerhard Reheis steht „zu 100 Prozent“ hinter dieser Änderung. Weiters erfährt man aus den Medien dass sich jetzt auch der neue AK-Präsident Erwin Zangerl für die Streichung dieser Zahlungen stark gemacht hat.

Vergessen wird von selben Medien auf die Erwähnung des Volksbegehrens „fairSORGEN“. Immerhin haben von Mai 2007 bis März 2008 770 TirolerInnen mit ihrer amtlich bestätigten Unterstützungserklärung die Einleitung des Volksbegehrens zur „Streichung der Rückzah-

lungsverpflichtung und der Kostenbeteiligungsverpflichtung für Eltern, PartnerIn und Kinder aus dem Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG)“ die KPÖ/GLB-Initiative unterstützt und in der Eintragungswoche erhöhte sich die Zahl auf 2.101.



„Was nicht sein soll (KommunistInnen geben Themen vor und sind dabei auch noch erfolgreich), darf eben nicht sein!“ denkt sich offensichtlich Tirols Medienlandschaft. Auch LeserInnenbriefe zum Volksbegehren fanden entweder nur den Weg in die „Redaktions-Rundordner“ oder sämtliche Vermerke auf die Initiatoren wurden rauszensoriert.

Aber was soll's – der Regress für Pflegekosten in Pflegeheimen gehört bald der Vergangenheit an. Vielleicht schaffen es Platter und Reheis nochmals über ihren Schatten zu springen: Denn „die nächste Baustelle ist die Sozialhilfe“ und da müsse die Rückzahlungspflicht ebenfalls weg, meinte dieser Tage die Grüne Sozialsprecherin und LAbg. Christine Baur.

Und wir haben zu Gunsten der Betroffenen auch kein Pro-



Josef Stingl

blem damit, wenn nach der hundertprozentigen Umsetzung unseres Volksbegehrens wieder auf die Berichterstattung über unsere Volksbegehrensinitiative „vergessen“ wird.

(Josef Stingl ist in Tirol Spitzenkandidat der KPÖ)

## KPÖ-Tirol - Links. Mit Sicherheit

Spitzenkandidat auf der Landesliste ist der Koch und Betriebsrat Josef Stingl (48), gefolgt von der Pensionistin Hilde Waldhart (70) und dem Studenten Mag. Roland Steixner (29). Insgesamt sind auf der KPÖ-Landesliste drei Arbeiter, drei Angestellte, ein Student und zwei PensionistInnen vertreten.

Die Regionalparteilisten der KPÖ werden im Wahlkreis Innsbruck von Mag. Roland Steixner, Innsbruck Land von Hilde Wald-

hart, im Oberland von dem Metallarbeiter Tobias Wagner (21), im Unterland von dem Einzelhandelskaufmann Matthias Waldhart (23) und in Osttirol von Josef Stingl angeführt.

Schwerpunkt des Wahlkampfes ist angesichts explodierender Preise und Wohnkosten bei Zurückbleiben der Löhne, Gehälter und Pensionen sowie wachsender sozialer Ungerechtigkeit und Armut die immer dringlichere Umverteilung.

„Mit unserer Volksbegehrensinitiative (siehe oben) haben wir gezeigt, dass wir uns nicht nur auf Wahlen verlassen, sondern auch zwischen diesen mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln auch gestaltend in die Politik eingreifen. Bei der Nationalratswahl Links - KPÖ wählen ist ein erster Schritt, die Teilnahme bei direkten Demokratieinitiativen und bei außerparlamentarischen Druck der Zweite“, so der Tiroler KPÖ-Spitzenkandidat.

### Ich möchte:

- die regelmäßige Zusendung der Zeitung „TiVoLi“
- die regelmäßige Zusendung des „TiVoLi“-Newsletter
- die Zusendung des „TiVoLi“-Newsletters
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“
- eine Probenummer der Zeitung „volksstimmen“
- persönlich Kontakt aufnehmen, meldet euch bei mir

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_



**TIVOLI**

Gumpstraße 36

Postfach 816

6020 Innsbruck

**Impressum:** Medieninhaber und Herausgeber: KPÖ, 6020 Innsbruck, Gumpstraße 36, <http://tirol@kpoe.at>, [tirol@kpoe.at](http://tirol@kpoe.at)

An einen Haushalt!